

Schwerpunkt Aktuelles rund um Corona

Termine für mobile Impfung stehen fest

Um den Zugang zur Impfung in Liechtenstein zu erleichtern und die Impfquote zu erhöhen, werden ab nächster Woche Impfungen durch mobile Teams in Betrieben und Gemeinden angeboten. Zielpublikum sind alle in Liechtenstein wohnhaften oder arbeitstätigen Personen ab 12 Jahren, teilt die Regierung mit. Die Termine für Impfungen in Unternehmen würden betriebsintern kommuniziert und organisiert. Die Impfung ist kostenlos und erfolgt ohne Voranmeldung. Die Regierung bittet Impfwillige, einen Ausweis und ihren Impfpass mitzubringen.

- **Donnerstag, 7. Oktober:** Schaan, Feuerwehrdepot, von 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 4. November)
- **Montag, 25. Oktober:** Ruggell, Gemeindesaal, 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 22. November)
- **Mittwoch, 27. Oktober:** Balzers, Gemeindesaal, 9.30 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 24. November)
- **Dienstag, 2. November:** Triesen, Gemeindesaal, 9.30 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 1. Dezember)
- **Mittwoch, 3. November:** Gamprin, Gemeindesaal, 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 2. Dezember)
- **Montag, 8. November:** Eschen, Gemeindesaal, 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 6. Dezember)
- **Donnerstag, 11. November:** Vaduz, Rathausaal, 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 13. Dezember)
- **Freitag, 12. November:** Schaanwald, Zuschg, 9.30 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr (Zweitimpfung am 10. Dezember)

Situationsbericht
Zwei Infektionen innert eines Tages

VADUZ Am Dienstag wurden zwei Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Tags zuvor wurde keine Neufektion gemeldet. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 3447 laborbestätigte Infektionen. Insgesamt traten bislang 60 Todesfälle auf. Aktiv infiziert sind aktuell 24 Personen, davon befanden sich Stand Montagabend 2 Personen im Spital. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 3 neue Fälle pro Tag gemeldet. Die 14-Tages-Inzidenz beläuft sich auf 137 erkrankte Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner. Die 7-Tages-Inzidenz liegt bei 46 Fällen. (red)

Unterstützung für Eltern
Regierung weitet Covid-Taggeld aus

VADUZ Die Regierung verlängerte am Dienstag wie vergangene Woche angekündigt die Unterstützungen für das Covid-19-Taggeld bis Ende Jahr. Dies gilt rückwirkend auf den 1. Juli 2021. Das Taggeld war bereits Ende Juni ausgelaufen. Die Regierung hatte die Wiedereinführung beschlossen, um der Problematik rund um die Lohnfortzahlungspflicht für quarantänepflichtige ungeimpfte Rechnung zu tragen. Zudem dehnte sie die Anspruchsberechtigung auf Betreuungspflichtige Personen aus, wenn sich ein Kind in Quarantäne oder Isolation befindet und kein Homeoffice möglich ist. (red/ikr)

Die Frage nach Gratistests lässt den Landtag nicht los

Fragestunde Die 3G-Regelung und die zeitlich befristeten Gratistests beschäftigten den Landtag auch gestern. Man müsse verhindern, dass sich die Gesellschaft spaltet. Trotzdem war man sich nicht einig, ob und für wen Coronatests gratis bleiben sollen.

VON DANIELA FRITZ

Dass der Wind rauer geworden ist, blieb der Politik nicht verborgen. «Die Gesellschaft ist auf dem besten Weg, sich nicht nur zu spalten, sondern auch zu zerstückeln», begann Vize-Landtagspräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU) die Fragestunde. Sie störte sich auch daran, für ihre Fragen in der Vergangenheit kritisiert worden zu sein. Man sollte auch die Ansichten jener berücksichtigen, die skeptisch sind.

«Der Landtag muss die Regierung hinterfragen und kontrollieren, ob die Massnahmen verfassungskonform und zielgerichtet sind», fand auch Thomas Rehak (DPL). In die «Schmuddelecke» wollte er nicht gestellt werden und sprach sich klar für die Impfung aus. Aber: «Ich möchte bitten, dass der Gesundheitsminister mit Information und nicht mit Zwang weiterschreitet. Unsere Gesellschaft ist es nicht gewohnt, das man sie zwingt. Druck erzeugt Gegendruck.» Während er bei der Information noch Nachholbedarf sieht, sieht er die 3G-Regelung kritisch. Sie bringe die Gefahr mit sich, dass die Gesellschaft weiter auseinanderdividiert wird.

Für und wider Gratistests

Auch VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann befürchtete eine Spaltung und verwies exemplarisch



Im Landtag fanden sich Argumente für und wider Gratistests. (Fotos: Zanghellini)

auf den Hotelier, der bei der Zertifikatskontrolle von einem Gast verprügelt wurde. «Unser aller Wunsch ist es, 3G nicht lange zu brauchen», so Kaufmann. Bis dahin müsse das Land aber für die Kosten der Coronatests aufkommen, wie VU, FL und DPL bereits öffentlich forderten. Bis Ende Oktober verlängerte die Regierung die Kostenübernahme daraufhin. Wie es danach weitergeht, ist noch offen. Rehak zeigte sich mit dieser Gnadenfrist nicht zufrieden, solange man mit der 3G-Regel indirekt zur Impfung gezwungen werde: «Durch die gleichzeitige Verweigerung der Übernahme der Testkosten wird die Debatte unnötig emotionalisiert.» Der DPL-Abgeordnete beantragte daher, die Kostenübernahme bis zur Aufhebung der Zertifikatspflicht zu verlängern. Einige Kollegen im Hohen Haus konnten sich

dieser Forderung anschliessen. Sascha Quaderer (FBP) schlug hingegen vor, zumindest Schülern, Lehrlingen und Studenten die Testkosten zu erlassen.

Zu einer Abstimmung kam es allerdings nicht. Denn solche Anträge sind laut Geschäftsordnung des Landtags nicht möglich, so Landtagspräsident Albert Frick. Die Verordnungskompetenz liegt alleine bei der Regierung. «Uns braucht es überhaupt nicht», kommentierte Rehak daraufhin die Rolle des Landtags während der Pandemie frustriert.

Testen ist kein Ausweg

Einig war man sich im Hohen Haus aber keineswegs. Zwar argumentierten einige Abgeordnete für eine Weiterführung der Gratistests. Rehak und sein Parteikollege Herbert Elkuch fanden, dass ungeimpfte Per-

sonen im Alltag ohnehin eingeschränkt wären, weil sie sich ständig um einen Testtermin kümmern müssten. Walter Frick (VU) merkte an, dass viele Menschen Skepsis oder gar Angst vor einer Impfung haben: «Auch das gilt es zu akzeptieren.» Manuela Haldner-Schierscher (FL) meinte, es könne auch eine Strategie sein, den Menschen mit Gratistests entgegenzukommen und so Widerstände abzubauen.

Wendelin Lampert (FBP) hält dies für den falschen Ansatz, wie er mehrmals klarmachte. Die 600 000 bis 700 000 Franken, die das Land die Verlängerung der Gratistests kosten, seien dabei gar nicht das eigentliche Hindernis. Aber ein Ausweg aus der Pandemie ist diese Strategie seiner Meinung nach nicht: «Je länger viele Menschen nicht geimpft sind, desto länger müssen wir die 3G-Regel aufrechterhalten.» Er befürchtet, dass die Massnahmen im Winter wieder für alle verschärft werden müssen, wenn die Impfquote nicht noch deutlich steigt. Das würde dann aber auch bei geimpften Personen die Frage nach dem Nutzen einer Impfung aufwerfen.

Regierung liess weiteren Weg offen

Ob das Land die Testkosten über Ende Oktober hinaus übernehmen wird, liess die Regierung am Mittwochabend weiterhin offen. Regierungschef Daniel Risch stellte jedoch klar, wie er zur Thematik steht: «Wir testen uns nicht aus der Krise.» Er verwies auf Dänemark, die die Massnahmen aufheben konnte - allerdings nach mehreren Monaten 3G-Regelung auch eine deutlich höhere Impfquote als Liechtenstein vorzeigen kann. «Wir brauchen noch mindestens 10 Prozent, vermutlich noch mehr. Dazu ist noch viel Überzeugungsarbeit notwendig», so Risch. Wirkliche Prognosen wagte der Regierungschef angesichts der vielen Unsicherheiten aber nicht.

Wissbegieriger Landtag: Warum gibt es keine 3G-Pflicht an Schulen?

Antworten Erneut hatte der Landtag Gelegenheit, die Regierung zu Corona zu löchern. Davon machten die Abgeordneten auch rege Gebrauch. Einige Fragen und Antworten:

VON DANIELA FRITZ

Warum führt man nicht einfach 3G an Schulen ein?

Das wäre wohl nicht mit der Verfassung vereinbar, so Bildungsministerin Dominique Hasler. Die Schulpflicht ist in der Verfassung festgeschrieben, Bildung muss allen Kindern zur Verfügung stehen. Eine Ausgrenzung, wenn sich ein Kind nicht testen oder impfen lassen will, würde dem widersprechen. Zum Schutz vor Ansteckungen gilt daher ausserhalb der Primarschulen an allen Schulen Maskenpflicht. So könne auch verhindert werden, dass bei einem positiven Fall die gesamte Klasse in Quarantäne muss.

Warum gilt das Zertifikat für Genesene nur sechs Monate?

Die Regel, unter welchen Voraussetzungen man ein Zertifikat erhält, ist EU-weit analog geregelt. Liechtenstein hat gemäss Gesundheitsminister Manuel Frick keine Möglichkeit, davon abzuweichen. Derzeit ist die Bestimmung für Genesene so, dass die Erkrankung mittels PCR-Test nachgewiesen werden muss. Die Infektion darf nicht länger als sechs Monate zurückliegen. Dies

ist derzeit in Diskussion, auf Basis neuester Erkenntnisse wird derzeit geprüft, ob der Zeitraum verlängert werden kann. Auch die Schweiz nimmt den Immunschutz von Genesenen nochmals unter die Lupe, eine Änderung gilt dann auch für Liechtenstein.

Könnten Menschen ohne Covid-Zertifikat alternativ nicht einfach Maske tragen?

Zum Teil gibt es diese Möglichkeit, allerdings nur sehr eingeschränkt: Das Personal in der Gastronomie, bei Veranstaltungen oder beispielsweise in Fitnessstudios kann statt eines 3G-Nachweises auch Maske tragen. Für Gäste und Kunden ist dies nicht möglich. Gesundheitsminister Manuel Frick begründet dies mit der praktischen Durchführbarkeit. So müsste beispielsweise auf einer Veranstaltung dann auch ständig kontrolliert werden, ob die jeweilige Person die Maske auch wirklich trägt.

Wird eine Drittimpfung notwendig?

Für immungeschwächte Personen gibt es in Liechtenstein bereits heute die Möglichkeit, sich ein drittes Mal impfen zu lassen. Grund ist, dass diese Menschen oftmals nicht genü-

gend auf die zwei Dosen ansprechen. Bevor es aber einen «Booster» gibt, ist ein ärztliches Gespräch notwendig, zudem wird vorab ein Antikörpertest durchgeführt.

Inwiefern eine dritte Dosis für andere Menschen nötig sein wird, ist noch offen. «Derzeit gehen wir davon aus, dass eine Auffrischungsimpfung frühestens 12 Monaten nach der Zweitimpfung notwendig sein wird», so Gesundheitsminister Manuel Frick. Es könnte auch sein, dass dieser Zeitraum noch verlängert wird. Entscheidend sei die Datenlage. «Wir lernen von Monat zu Monat hinzu», so Frick.

Wie wird die Qualität der Teststationen sichergestellt?

Neben den PCR-Tests in der Marktplatzgarage und den Antigenschnelltests bei Ärzten und Apothekern wächst auch an anderen Orten im Land das Testangebot. Zur Durchführung von solchen Tests müssen aber einige Voraussetzungen erfüllt sein. Diese Vorgaben seien sehr rigide, so Gesundheitsminister Manuel Frick. Nicht jeder könne eine Teststation eröffnen, es müssten sich Laborleiter, Arzt oder Apotheker mit Berufsausübungsbewilligung des



Weitere Fragen und Antworten finden Sie auf [Volksblatt.li](https://volksblatt.li) oder Sie scannen diesen QR-Code mit Ihrem Handy.

Amtes für Gesundheit verantwortlich bekennen. Grundsätzlich könnte ein Profitinteresse zwar kritisch gesehen werden. Für die Qualität der Tests sei aber die jeweilige Fachperson verantwortlich. Wenn diese nicht fachgerecht durchgeführt werden, werde der Betrieb untersagt. Entsprechende Inspektionen seien jederzeit möglich, das entsprechende Vorgehen derzeit in Planung.

ANZEIGE

K RESTAURANT KAINER
Aktuell:
Wildspezialitäten
+423 268 39 33 . www.kainer.li